



## Info-Blatt NRW

der Landtagsabgeordneten Marie-Luise Fasse für  
den Kreis Wesel



Liebe Parteifreunde,

26.04. 2016

die Plenardebatten in der vergangenen Woche haben vor allem eines offenbart: NRW ist in vielen politischen Bereichen Schlußlicht: niedrigstes BIP-Wachstum aller Bundesländer, niedrigste Quote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aller Flächenländer, schlechtestes Ergebnis beim Haushaltsdefizit im Ländervergleich, niedrigste Aufklärungsquote bei Straftaten im Vergleich aller Flächenländer. Ich könnte weitere „letzte Plätze“ aufzählen...

Ihre

*M.L. Fasse*

### **Wirtschaftspolitischer Offenbarungseid der Landesregierung**

In der vergangenen Woche debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Wirtschaftskrise in Nordrhein-Westfalen. Dabei machte die CDU-Landtagsfraktion deutlich: Die Nachricht, dass das Industrieland Nordrhein-Westfalen keinerlei Wirtschaftswachstum mehr zu verzeichnen hat, muss die Landesregierung aufrütteln. Das Nullwachstum trifft alle Menschen in diesem Land. Die Kinderarmut steigt. Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz und Arbeitslose finden keinen Arbeitsplatz. Nicht zuletzt ruiniert die chronische Wirtschaftsschwäche die Finanzen der Städte und Gemeinden in unserem Bundesland.

Wenn die Wirtschaft in allen anderen Ländern wächst, nur in Nordrhein-Westfalen nicht, dann hat das ganz offenkundig auch mit Landespolitik zu tun. Aber die Ministerpräsidentin nimmt das Nullwachstum als unabwendbares Schicksal hin. Die Schuld an der Misere wird überall in der Welt festgemacht – nur nicht in Nordrhein-Westfalen. Eine Landesregierung, die meint, an der Wirtschaftsschwäche nichts ändern zu können, hat jeglichen Gestaltungsanspruch aufgegeben. Diese Einstellung kommt einem wirtschaftspolitischen Offenbarungseid gleich.

Nach dem Schock des Nullwachstums gilt es jetzt zu handeln. In den Bereichen Bürokratieabbau, Verkehr und Digitalisierung müssen neue Wege eingeschlagen werden. Doch stattdessen streitet die

Landesregierung über zentrale Fragen, die über die Zukunft der Wirtschaft und damit die Perspektiven von Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen entscheiden: Sei es die Zukunft der Stahl- und Kohleindustrie, der Bundesverkehrswegeplan oder die Ansiedlung von Gewerbeflächen: zu alledem gibt es keine einheitliche Position der Landesregierung. Das lähmt unser Land. Die Ministerpräsidentin muss führen und die nötige Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik einleiten. Das Schweigen der Ministerpräsidentin löst die Probleme genauso wenig wie das Schönreden ihres Wirtschaftsministers.

## **Nachtragshaushalt 2016 verabschiedet: Rot-grüne Fehlsteuerung in Reinform**

Der Landtag hat am vergangenen Mittwoch gegen die Stimmen der CDU-Fraktion einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 verabschiedet. Das hastig zusammengeschnürte Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Inneren Sicherheit stützt sich dort, wo es substantiell ist, auf CDU-Vorschläge. Es ist erschreckend, dass es erst der Vorfälle in der Kölner Silvesternacht bedurfte, damit SPD und Grüne sich endlich mit den Forderungen zur Erhöhung der Polizeipräsenz und zur Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum auseinandersetzen. Die konkrete Umsetzung der Oppositionsvorschläge durch Landesregierung ist jedoch völlig unseriös. So fährt Rot-Grün weiterhin einen Zickzack-Kurs bei der Videoüberwachung. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört zur Kernaufgabe des Staates und damit jeder Regierung. Die rot-grüne Landesregierung versagt hier auf ganzer Linie. Mit einem Entschließungsantrag (Drucksache 16/11770) hat die CDU-Fraktion konkrete Potentiale ausgeleuchtet und Prioritäten aufgezeigt.

Wider besseren Wissens wird der Nachtragshaushalt ohne die von uns und den Kommunalen Spitzenverbänden sowie den Kommunen verlangte notwendige Erhöhung der Mittel für die Erstattung kommunaler Flüchtlingskosten von Rot-Grün durchgewunken. Anstatt endlich die reale und vorliegende Zahl der zum 1. Januar diesen Jahres von den Kommunen zu versorgenden Flüchtlinge zum Maßstab für die Berechnung zu nehmen, wird weiterhin mit einer veralteten und völlig überholten Flüchtlingszahl aus dem Herbst vergangenen Jahres gearbeitet. Der Grundsatz von Haushaltsklarheit- und -wahrheit wird mit Füßen getreten. Das geht ausschließlich zu Lasten der Kommunen. Da den Kommunen rund 250 Millionen Euro dringend benötigter Mittel vorenthalten werden, sind weitere Verschuldung oder Steuererhöhungen in den Kommunen allein von dieser Landesregierung zu verantworten.

Auch rein haushalts- und finanzpolitisch ist der Nachtragshaushalt aus vielen Gründen unzureichend. Die Landesregierung verschließt weiterhin die Augen vor der Realität. Die Steuereinnahmeerwartungen wurden unverändert auf Rekordhöhen belassen. Im November 2015 sprach die Landesregierung noch von einem Basiseffekt, der sich positiv auf 2016 auswirke. Die Steueransätze 2015 sind jedoch um fast 500 Millionen Euro verfehlt worden. Trotzdem korrigiert die Landesregierung den veranschlagten Basiseffekt wider besseren Wissens nicht. Absolut betrachtet fehlen daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon über 160 Millionen Euro, hochgerechnet auf das gesamte Jahr 2016 fehlen über 670 Millionen Euro.

## **Caritas ist verlässlicher Partner für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Am 20.4.2016 empfing der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen seiner Fraktion in Düsseldorf die Direktoren der nordrhein-westfälischen

Caritas-Diözesen zu einem Spitzengespräch. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und die auskömmliche Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Die Caritas ist bei der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Altenpflege und bei der Betreuung wie auch Unterbringung von Flüchtlingen ein starker und verlässlicher Partner in Nordrhein-Westfalen. Wir sind für das andauernde und umfassende Engagement der Caritas für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sehr dankbar. Die Anregungen aus praktischer Arbeit sind wichtige Impulse für unsere parlamentarische Arbeit.

Das Gespräch hat die großen Gemeinsamkeiten zwischen CDU und Caritas deutlich gemacht. Wie die Caritas warnen wir schon lange davor, dass aufgrund der dauerhaften Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen durch das Land viele Einrichtungen von der Schließung bedroht sind. Die Qualitätsfrage rückt zunehmend aus dem Blickfeld – das darf nicht sein. Ähnliches gilt für die Altenhilfe. Bei der Integration der Flüchtlinge in Bildung und Arbeitsmarkt setzen wir auf die Caritas als starken Partner.

### **Lehrstunde der Inneren Sicherheit**

Die Festnahme von zwei jugendlichen Salafisten, die für den Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen am vergangenen Samstag verantwortlich gemacht werden, ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion eine Lehrstunde der Inneren Sicherheit. Einerseits freuen wir uns mit den Opfern und ihren Familien, dass die mutmaßlichen Attentäter von Essen gefasst sind. Den beteiligten Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden gebührt Dank für ihren mutigen Einsatz.

Andererseits führen die Umstände deutlich vor Augen, wie wichtig es ist, die Polizei mit den richtigen Einsatzmitteln auszustatten. Die Tatverdächtigen konnten mittels Videoaufnahmen ermittelt werden. Das zeigt den enormen Nutzen dieser Technik. Die rot-grüne Landesregierung muss deshalb endlich ihre ideologischen Vorbehalte gegen die Kamerabeobachtung im öffentlichen Raum ablegen, die in der aktuellen Stunde zur Videoüberwachung im ÖPNV am Mittwoch wieder deutlich geworden sind. Dass SPD und Grüne nach der Kölner Silvesternacht die polizeiliche Videobeobachtung an fünf weiteren Orten ermöglichen wollen, ist schön und gut. Für ein großes Flächenland wie Nordrhein-Westfalen reicht das aber bei weitem nicht.

Bezeichnend für die Situation der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist zudem, dass die Fahnder zur Klärung der Tathintergründe auf eine Datenbank des Bundesamtes für Verfassungsschutz angewiesen sind, weil die NRW-Behörden die Daten von jugendlichen Gefährdern nicht speichern dürfen. Während die Sicherheitsbehörden des Bundes sich einmal mehr gut gerüstet für die Terrorabwehr zeigen, bleibt Nordrhein-Westfalen bei der Fahndung nach mutmaßlichen Terroristen auf glückliche Zufälle und Hilfe von außen angewiesen.

### **Nordrhein-Westfalen hat keine Zeit für rot-grünen Streit**

Die maroden Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen sorgen für verminderte Mobilität der Bürger, weniger Wirtschaftswachstum, verlorene Arbeitsplätze und nicht zuletzt auch mehr

Umweltverschmutzung. Der Ausbau der Infrastruktur ist für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen daher ein zentrales Zukunftsprojekt. Der Bund stellt nun bis 2030 allein für den Neu- und Ausbau der Bundesfernstraßen Milliarden im zweistelligen Bereich zur Verfügung. Das ist eine riesige Chance für unser Bundesland, die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur wiederherzustellen.

Die Landesregierung muss umgehend die Planungen forcieren, um alle Bundesmittel für unser Land abrufen zu können. Dafür braucht es einen Masterplan zur Beschleunigung und Priorisierung der Projektplanungen. Doch der rot-grüne Streit um den Bundesverkehrswegeplan lähmt die Koalition. Erst gegen Ende des Jahres wollen sich die Regierungspartner einigen. Diese Zeit hat Nordrhein-Westfalen nicht.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat in Berlin erfolgreich dafür gekämpft, dass unser Land mehr Bundesmittel erhält. Jetzt muss die Ministerpräsidentin ihre Landesregierung schnell zu einer gemeinsamen Linie führen. Denn: die Bundesgelder müssen in vollem Umfang nach Nordrhein-Westfalen fließen, damit auch der Verkehr an Rhein, Ruhr und Wupper endlich wieder fließt.

Die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht – jetzt ist die nordrhein-westfälische Landesregierung am Zug. Was im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans steht, stimmt mit der Finanzprognose für den Verkehrshaushalt des Bundes überein. Nordrhein-Westfalen kann sich deshalb darauf verlassen, dass die vordringlichen Verkehrsprojekte in den kommenden Jahren vom Bund vollumfänglich finanziert werden. Dafür brauchen wir aber effiziente und schnelle Planungsverfahren, für die das Land die Verantwortung trägt.

## **Qualitative Kinder- und Jugendarbeit braucht Planungssicherheit**

Die Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger ist durch die Prinzipien Selbstorganisation und Wertorientierung geprägt. Ohne das starke ehrenamtliche Engagement wäre diese Form der Kinder- und Jugendarbeit nicht leistbar. Aus diesem Grund hat die CDU am 20.4.2016 den „Zukunft für und mit Kindern und Jugendlichen gestalten: Planungssicherheit für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit erhöhen!“ (Drucksache 16/11696) in den Landtag eingebracht.

Während SPD und Grüne auf der einen Seite immer von der Notwendigkeit „guter Arbeit“ reden, handeln sie anders. Denn die Ausgestaltung des Kinder- und Jugendförderplans verhindert eine „gute Arbeit“ bei freien Trägern. Zu „guter Arbeit“ gehören aus unserer Sicht eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Bei den freien Trägern hängt dies unmittelbar an der Landesfinanzierung.

26 Millionen Euro Projektmittel können das Finanzierungsproblem für die Kinder- und Jugendarbeit nicht lösen. Mit Projektförderungen zwingt man die freien Träger in befristete Arbeitsverträge mit Teilzeit oder sogar geringfügiger Beschäftigung. Das sichert auf die Dauer keine qualitative Kinder- und Jugendarbeit. Wenn das so weiter geht, stellt sich langfristig die Frage nach dem Bestand eines qualitativ abgesicherten Angebotes der Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land.

Der Antrag der CDU-Landtagsfraktion ist ein wichtiger Schritt hin zur Schaffung von Planungssicherheit für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist es, die Auskömmlichkeit der Pauschalen zu überprüfen und die Träger von Bürokratie zu entlasten.

## **Landesregierung setzt auf Masse statt Klasse**

Die rot-grüne Landesregierung einen Gesetzentwurf über die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen in den Landtag eingebracht. Der Gesetzentwurf setzt nur auf Masse und nicht auf Klasse der Fachkräfte. Er öffnet Tür und Tor für nicht qualifiziertes oder schlecht qualifiziertes Fachpersonal, dessen Berufsankennung nicht einmal zwingend auf der Vorlage von Originalunterlagen erfolgt. Die Gleichwertigkeitsprüfung nur anhand von Listen der Stundentafeln, lässt erhebliche Defizite im Rahmen der Fachlichkeit und Qualität der Berufsausübung befürchten. Es ist deshalb nicht zu akzeptieren, dass die Echtheit der Urkunden und nicht die inhaltliche Richtigkeit geprüft werden können. Zudem ist es falsch, dass bei Zweifeln an der Weiterbildungsqualifikation eine „neue Bearbeitung“ der Dokumente möglich ist. Diese Verfahren gefährden im medizinischen Bereich die Sicherheit der Menschen. Deshalb werden wir heute zusammen der FDP einen Änderungsantrag ins Plenum einbringen, der nicht nur die Sprachkenntnisse, sondern vor allem die fachliche Qualifikation der Fachkräfte in den Blick nimmt.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel wird der Verlust von Qualität zu Lasten der Sicherheit der Menschen in Kauf genommen. Die Landesregierung hat die Chance vertan, die Qualitätsansprüche zum Wohl der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen. Der von Minister Schmeltzer vorgelegte Gesetzentwurf muss daher korrigiert werden. Deshalb hatte die CDU und FDP dem Landtag einen der Entschließungsantrag vorgelegt.

## **Wohnungsknappheit und Mietsteigerung – Zeit für einen Kurswechsel**

Die Plenardebatte am 21.4.2016 über den sozialen Wohnungsbau offenbarte: Die rot-grüne Wohnungsbaupolitik ist auf allen entscheidenden Feldern gescheitert: Die Baukostensteigerung wird angeheizt, weil die Landesbauordnung Erschwerungen vorsieht. Der nötige Bürokratieabbau für schnellere Genehmigungsverfahren findet nicht statt. Die Verweigerung, neue Flächen für Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, ist im neuen Landesentwicklungsplan festgeschrieben. Dadurch wird die Aktivierung des Grundstücksmarktes verhindert. Die Regierung Kraft lässt die Mieten steigen und verknappt mit ihrer Politik den Wohnraum. Einzig positiv ist die Steigerung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau. Das sind jedoch Mittel des Bundes, die nur durchgereicht werden müssen. Sich dafür zu feiern ist unangebracht. Fazit: Die rot-grüne Landesregierung hat nur Erschwernisse geschaffen, die dem Bau von bezahlbarem Wohnraum im Wege stehen.

Die derzeitige Knappheit an bezahlbarem Wohnraum führt zwangsläufig zu hohen Mieten. Wohnraummangel ist der schlimmste Feind des Mieters. Verantwortlich dafür ist die Regierung von Ministerpräsidentin Kraft. Die soziale Wohnraumförderung unter Rot-Grün im Jahr 2004 und unter Schwarz-Gelb im Jahr 2009 war jeweils so hoch wie die Mittel der Regierung Kraft in den vergangenen drei Jahren zusammen. Daher ist der heute von den Fraktionen SPD und Grünen mit Lob für die Landesregierung eingebrachte Antrag völlig unverständlich.

Impressum:  
Marie-Luise Fasse MdL

Büro in Düsseldorf: Postfach 101143  
40002 Düsseldorf  
Tel.: 0211/884-2782  
Fax: 0211/884-3328  
e-mail: [marie-luise.fasse@landtag.nrw.de](mailto:marie-luise.fasse@landtag.nrw.de)  
Mitarbeiterin: Claudia Gutmann

Büro in Rheinberg: Großer Markt 4  
47495 Rheinberg  
Tel.: 02843-16368  
Fax: 02843-17086  
Mitarbeiterin: Stephanie Riemann

Internet: [www.marie-luise-fasse.de](http://www.marie-luise-fasse.de)